



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
Main Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2000

---

## Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. März 2000

Milic, Thomas ; Rorato, Michael ; Sidler, Andreas ; Hardmeier, Sibylle

Other titles: Analyse des votations fédérales du 12 mars 2000. Analisi della votazione federale del 12 marzo 2000

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-167828>

Published Research Report

Published Version

Originally published at:

Milic, Thomas; Rorato, Michael; Sidler, Andreas; Hardmeier, Sibylle (2000). Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. März 2000. Bern: GfS Bern.



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
Analyses des votations fédérales  
Analisi delle votazioni federali

## Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. März 2000

Thomas Milic, Michael Rorato, Andreas Sidler, Sibylle Hardmeier

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
<b>Bundesbeschluss über die Reform der Justiz</b>	<b>1 609 109</b> 86.3%	<b>255 348</b> 13.7%
<b>Volksinitiative "für die Beschleunigung der direkten Demokratie (Behandlungsfristen für Volksinitiativen in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs)"</b>	<b>576 398</b> 30.2%	<b>1 333 316</b> 69.8%
<b>Volksinitiative "zum Schutz des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie (Initiative für menschenwürdige Fortpflanzung [FMF])"</b>	<b>541 358</b> 28.3%	<b>1 369 701</b> 71.7%
<b>Volksinitiative "für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen (Verkehrshalbierungs-Initiative)"</b>	<b>415 602</b> 21.3%	<b>1 532 407</b> 78.7%
<b>Volksinitiative "für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)"</b>	<b>348 969</b> 18.1%	<b>1 578 124</b> 81.9%
Stimmbeteiligung	41.6%	



Forschungsinstitut  
Büro Bern, Hirschengraben 5, 3011 Bern  
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19  
[gfs@gfs-be.ch](mailto:gfs@gfs-be.ch)

---

**Universität** Institut für Politikwissenschaft  
**Zürich** Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik  
Karl-Schmid-Str. 4, 8006 Zürich  
Telefon 01 634 38 41, Telefax 01 634 49 25

---

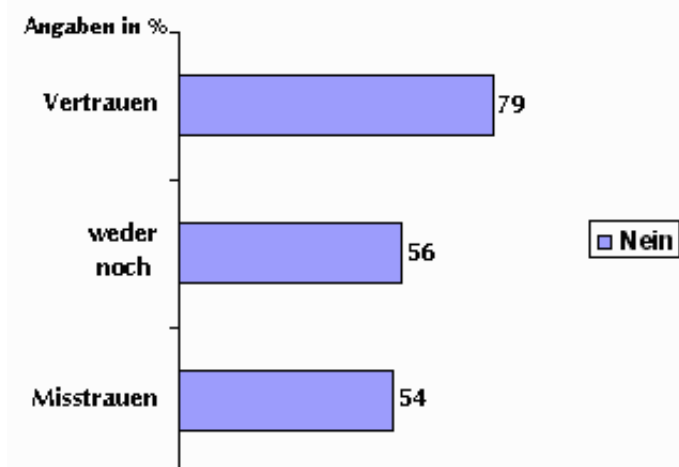
## Die Hauptergebnisse der VOX-Analyse zu den Volksabstimmungen vom 12. März 2000

Am 12. März 2000 hatten die Stimmberechtigten über fünf Vorlagen zu befinden. Es handelte sich dabei um vier Volksinitiativen und das Referendum zur Reform der Justiz. Schon im Vorfeld der Abstimmung wurde deutlich, dass wohl keine der Vorlagen für Überraschungen sorgen würde. Tatsächlich wurde die moderat gestaltete Justizreform mit 86,3 Prozent "Ja"-Stimmen angenommen. Die vier Initiativen dagegen wurden allesamt abgelehnt. Wie bei der Justizreform folgten sowohl die Stimmenden als auch sämtliche Stände den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament; die ablehnenden Mehrheiten lagen zwischen 69,8 (Beschleunigungs-Initiative) und 81,9 Prozent (Quoten-Initiative). Da die SVP für die Beschleunigungs-Initiative und die SPS für die Quoten-Initiative sowie die Verkehrshalbierungs-Initiative die "Ja"-Parole beschlossen hatten, erlitten die beiden jeweils stärksten parteipolitischen Kontrahenten eine Niederlage.

### Beschleunigungs-Initiative

Die Zurückweisung der Beschleunigungs-Initiative war über das gesamte parteipolitische Spektrum hinweg konsistent, was zu einem klaren Nein führte. Unterschiede können lediglich in der Intensität der Ablehnung festgestellt werden: Während die Abweisung bei den SympathisantInnen von SP, CVP und FDP mit jeweils über 70 Prozent beinahe einhellig ist, wirkt das rechtskonservative Lager bzw. die Anhängerschaft der SVP mit knapp über 50 Prozent "Nein"-Stimmen gespalten. Das Misstrauen gegenüber der Regierung führte zwar zu einer stärkeren Befürwortung der behördenkritischen Vorlage, doch selbst unter den Misstrauenden konnte sich mit 40 Prozent "Ja"-Anteil keine Mehrheit für die Forderungen der Initiative erwärmen.

#### Ablehnung der Beschleunigungsinitiative nach Vertrauen in den Bundesrat



Quelle: VOX-Analyse 12. März 2000 (Basis = Stimmende, gewichtet)

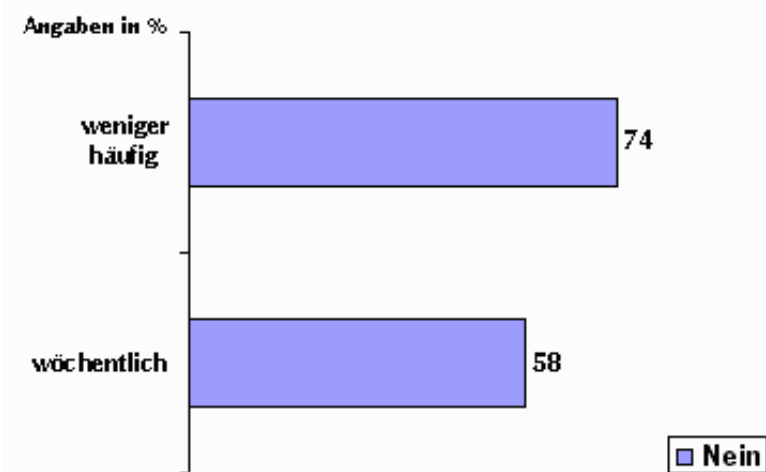
Sowohl für die GegnerInnen als auch für die BefürworterInnen war insbesondere die zeitliche Dimension der Behandlungsfristen ausschlaggebend für ihre Entscheidung an der Urne: Die "Nein"-Stimmenden empfanden die vom Initiativkomitee geforderte Frist für zu kurz, um wohlbedacht vorbereitete politische Entscheidungen

treffen zu können. Die "Ja"-Stimmenden wiederum taxierten die bisherige Frist als zu lax. Bei den spontan genannten Entscheidungsmotiven wurde selten auf die bereits 1997 gekürzten Behandlungsfristen verwiesen; dennoch erreichte das Argument, welches die Initiative aufgrund dieser Neuerung als überflüssig bezeichnet, von den getesteten Argumenten die höchste Zustimmung.

## Fortpflanzungs-Initiative

Obwohl die Befürworterschaft bemüht war, die Schutzdimension der Vorlage in den Vordergrund zu rücken, wurde von den Befragten hauptsächlich der Verbots-Charakter wahrgenommen, was zur deutlichen Verwerfung des Volksbegehrens beitrug. Auffällig ist am politischen Abstimmungsprofil, dass keine tiefen Gräben zwischen den politischen Gruppierungen erkennbar sind. Bezeichnend dafür ist, dass sich die höchsten Zustimmungswerte von je einem Drittel "Ja"-Stimmen einerseits bei der Anhängerschaft der SP, andererseits aber auch bei jener der SVP finden.

**Ablehnung der Fortpflanzungsinitiative nach Häufigkeit des Kirchgangs**



Von befürwortenden Mehrheiten kann lediglich in den Gruppen der regelmässigen KirchgängerInnen sowie bei den Mitgliedern kirchlicher Organisationen ausgegangen werden. Andere soziodemographische Merkmale bilden kaum Trennlinien zwischen den Befürwortenden und der Gegnerschaft. Die hauptsächlichen Motive für den negativen Stimmentscheid waren der wahrgenommene Eingriff in die persönlichen Rechte einerseits und die Furcht vor den Auswirkungen eines Verbots auf den Kinderwunsch andererseits. Aus letzterem Motiv ist erkennbar, dass die Betroffenheit durchaus einen Einfluss auf den Stimmentscheid hatte.

## Quoten-Initiative

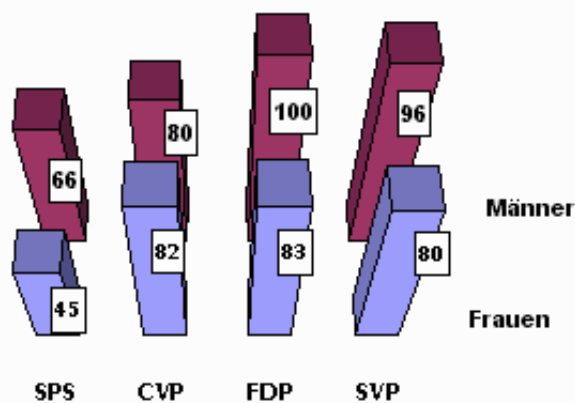
Die Forderung nach Frauenquoten wurde von den Befragten mehrheitlich auf das Parlament, jedoch selten auf die anderen betroffenen Institutionen (Bundesrat, Bundesgericht und Verwaltung) bezogen. Inhaltlich können zwischen Männern und Frauen keine Wahrnehmungsunterschiede festgestellt werden.

Zur deutlichen Absage an die Quotenforderung führten zwei Gründe: Die geschlossen abweisende Haltung des bürgerlichen Lagers und die Uneinigkeit im rot-grünen Lager. Letzteres konnte in den eigenen Reihen keine Mehrheit für die Quoten begeistern. Das hat damit zu tun, dass die Vorlage bei den Männern erwartungsgemäss wenig Euphorie auslöste. Beinahe durchwegs zeigt sich auch innerhalb der Parteihängerschaften im linken und rechten Lager eine Differenz zwischen Männern und Frauen, und besonders ausgeprägt ist die Geschlechterdifferenz innerhalb SP. Gerade männliche Sympathisanten sind der

Parteiparole wenig gefolgt.

### Ablehnung der Quoteninitiative nach Geschlecht und Parteibindung

Angaben in %



Quelle: VOX-Analyse 12. März 2000 (Basis = Stimmende, gewichtet)

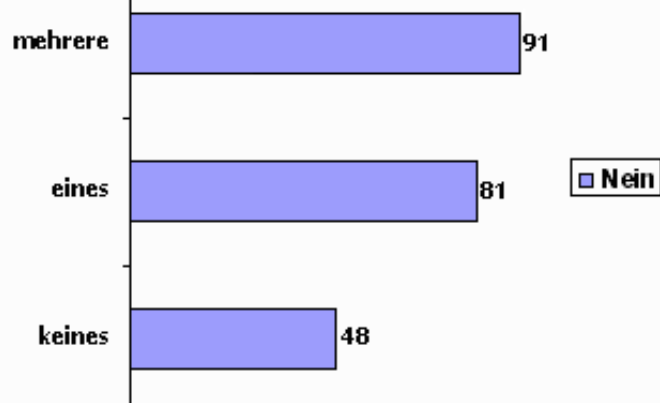
Auch das Alter der Stimmenden beeinflusste die Entscheidung. Ein deutlicher Graben tat sich zwischen den eher befürwortenden 30- bis 49jährigen und den einhellig "Nein"-Stimmenden im Alter unter dreissig Jahren auf. Dies darf aber mit Blick auf die Werthaltungen der genannten Gruppen nicht als Absage an die aktive Förderung der Gleichberechtigung der Frauen seitens der jüngeren Generation gedeutet werden. Es ist vielmehr festzuhalten, dass nicht das Ziel der Initiative an sich, sondern der vorgeschlagene Weg dahin bei den Stimmenden auf Missfallen stiess. Dementsprechend herrschte jenseits sämtlicher politischer und gesellschaftlicher Grenzen die einhellige Meinung vor, dass nur die Fähigkeiten und nicht das Geschlecht über die Wahl einer Person entscheiden sollten.

## Verkehrshalbierungs-Initiative

Ähnlich wie bei der Quoten-Initiative bildeten die bürgerlichen Parteien - mit einer ablehnenden Mehrheit von rund 90 Prozent in ihren Reihen - eine geschlossene Front gegen die Verkehrshalbierung. Unter der Anhängerschaft des geteilten rot-grünen Lagers hingegen votierte nur eine knappe Mehrheit für das Volksbegehren. Die Entscheidung für oder wider die Halbierung des Verkehrs stand vor allem mit der Haltung gegenüber dem Umweltschutz und dem Besitz bzw. Nicht-Besitz eines Personewagens in Zusammenhang.

### Ablehnung der Verkehrshalbierungsinitiative nach Automobilbesitz

Angaben in %



Quelle: VOX-Analyse 12. März 2000 (Basis = Stimmende, gewichtet)

Der Autobesitz war für die Uneinigkeit im rot-grünen Lager mit ausschlaggebend. Weiter ist festzustellen, dass

die DeutschschweizerInnen die Vorlage weniger stark zurückwiesen als die Bewohnerinnen und Bewohner der Romandie und des Tessins. Hauptsächlich fiel aber der utopische Charakter der Initiative bei mehr als der Hälfte der "Nein"-Stimmenden in Ungnade. Indessen bewegte vor allem diese Eigenschaft der Vorlage die kleine Schar von BefürworterInnen zu ihrer "Ja"-Stimme.

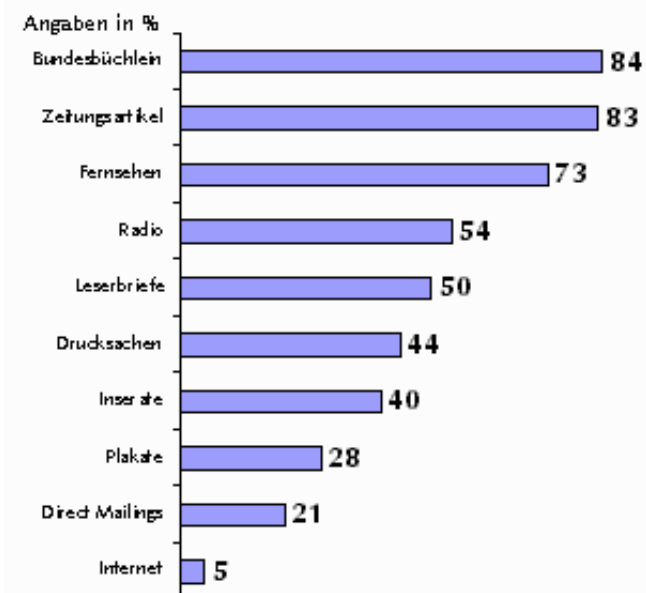
## Justizreform

Die mit 86 Prozent angenommene Justizreform fand allgemein kaum Beachtung. Fast die Hälfte der Antwortenden konnte den Inhalt der Justizreform nicht nennen. Bei den wenigen Personen, welche materielle Aussagen machten, entsprach die Wahrnehmung der Vorlage mehr oder weniger dem Argumentarium im "Bundesbüchlein". Die Befürworterinnen und Befürworter begründeten ihren Entscheid hauptsächlich mit dem Handlungsbedarf, welcher sich angesichts der Überforderung von Justiz und Bundesgericht aufdränge. Das durch den hohen Konsens über die moderate Reform geglättete Abstimmungsprofil zeigt weder einen Einfluss von politischen noch gesellschaftlichen Merkmalen. Auch zwischen dem Regierungsvertrauen und dem Stimmenscheid lässt sich kein Zusammenhang nachweisen.

## Mediennutzung und Entscheidungsfindung

Unter den Stimmenden stand das "Bundesbüchlein" bei der Abstimmung vom 12. März 2000 an der Spitze der Mediennutzung. Das neue Medium Internet hingegen wird - zumindest bei so unumstrittenen Vorlagen - weiterhin nur sehr marginal als Informationsquelle zur Meinungsbildung verwendet. Die im öffentlichen Diskurs kaum behandelte Initiative zur Verkehrshalbierung wird von den Befragten ganz offensichtlich als die bedeutendste Vorlage betrachtet. Entscheidungsschwierigkeiten wurden vor allem bei der abstrakten und komplexen Justizreform bekundet.

### Mediennutzung während des Abstimmungskampfes



Quelle: VOX-Analyse 12. März 2000 (Basis = Stimmende, gewichtet)

## Datenbasis

Der vorliegende Bericht beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung durch, welche innerhalb von zwei Wochen nach der Abstimmung vom 12. März 2000 realisiert wurde. Die Analyse der Daten erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft

(IPZ). Die Befragung selber wurde von den 51 BefragterInnen des GfS-Forschungsinstituts von zu Hause ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hat, die Befragung extern und ohne Vorankündigung telephonisch zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren. Der Stichprobenumfang beträgt 999 stimmberechtigte Personen.

